

Mehr deutsche Polizei in UN-Friedenseinsätzen!

Winfried Nachtwei

Bis heute haben über 9000 Polizeivollzugsbeamte von Bund und Ländern an rund 30 Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) teilgenommen. Sie haben international einen hervorragenden Ruf. Doch dieser gute Ruf ist kein Grund zu politischer Selbstzufriedenheit. An qualifizierten Freiwilligen mangelte es bisher nicht. Doch es fehlte immer wieder am klaren politischen Willen. Gegenwärtig sind 133 Polizistinnen und Polizisten in Friedenseinsätzen, davon 19 in fünf UN-Missionen, 68 in acht EU-Einsätzen und 46 im bilateralen ›German Police Project Team‹ in Afghanistan – ein historischer Tiefststand. Im Jahr 2002 waren es noch über 500 Personen (davon über 300 bei der UN-Mission in Kosovo).

Der Rückgang wird begründet mit der Reduzierung der Einsätze in Kosovo und Afghanistan. Er steht zugleich in krassem Gegensatz zum steigenden Bedarf an Polizeikräften in Friedenseinsätzen und zum Gelöbnis der Bundesregierung zu mehr deutscher Verantwortung bei der internationalen Krisenbewältigung.

Mit dem Aufgabenwandel von UN-Friedensmissionen hat auch die Polizeikomponente enorm an Bedeutung gewonnen. Von 35 Polizisten im Jahr 1988 wuchs die Zahl auf 7400 Anfang 2006 und auf 12 500 im Januar 2015 (mandatiert sind über 15 000) in 13 UN-Friedenseinsätzen und fünf politischen Missionen. Der Grund liegt auf der Hand: Wo Militär im besten Fall kriegerische Gewalt eindämmen und militärische Ausbildungshilfe leisten kann, sollen internationale Polizistinnen, Rechtsstaats- und Verwaltungsexperten zu dauerhafter staatlicher und Bürgersicherheit und zu verlässlicher Staatlichkeit in fragilen Staaten beitragen. Dies geschieht durch die Entsendung individueller Beamter, einschließlich spezialisierter Teams (4200 Personen im November 2014) und geschlossener Polizeieinheiten (8350 Personen, mit exekutiven Funktionen). Die Missionen werden kleiner und immer komplexer. Benötigt werden daher mehr Spezialisten, weniger Generalisten. Dies stellt hohe Anforderungen an die Qualität und Flexibilität der Beamtinnen und Beamten.

Am 20. November 2014 beschloss der UN-Sicherheitsrat in seiner Resolution 2185, Polizeiarbeit als festen Bestandteil in die Mandate der Friedenssicherungseinsätze und politischen Missionen der UN aufzunehmen. Die Resolution steht für einen geradezu sensationellen globalen Konsens: Differenziert und umfassend entwickelt sie ein rechtsstaatliches, bürgernahes Polizeiverständnis, betont einen einheitlichen Polizeiansatz der UN und fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, »professionelles Polizeipersonal zu stellen, das über

die Kompetenz, die Ausrüstung und die Erfahrung verfügt, die zur Durchführung der Missionsmandate, gegebenenfalls einschließlich mehrdimensionaler Friedenssicherungsmandate, erforderlich sind«.

In sicherheitspolitischen Fachkreisen in Deutschland wird grundsätzlich anerkannt, dass internationale Verwendungen und Friedenseinsätze inzwischen zu den Kernaufgaben einer modernen Polizei gehören. In Politik und Öffentlichkeit wird dies aber noch nicht so gesehen. Polizeiliche Auslandseinsätze finden kaum Beachtung.

Doch nach jahrelangem Rufen in der Wüste mehren sich in jüngster Zeit die Stimmen für ein stärkeres deutsches Engagement: Der Koalitionsvertrag von Union und SPD verspricht, man wolle die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen über eine Bund-Länder-Vereinbarung verbessern. Die gemeinsame Anhörung von Innenausschuss und Unterausschuss zivile Krisenprävention des Bundestags am 3. November 2014 brachte einen politischen Schub. Die Ergebnisse waren:

- Mehr internationale Verantwortung Deutschlands muss sich in einer verstärkten Unterstützung von UN-Friedenseinsätzen niederschlagen. Dass Deutschland bisher UN-Friedenseinsätze personell nur minimal unterstützt, ist friedenspolitisch kurzsichtig.
- Die strategische Aufgabe, eine legitime Staatlichkeit zu fördern, ist auf eine verlässliche Polizeiaufbauhilfe angewiesen. Bund und Länder müssen klarstellen, dass polizeiliche Auslandseinsätze zu den Kernaufgaben der deutschen Polizeien gehören. Der Bund muss definieren, was mit deutschen Polizeibeiträgen und Schwerpunkten bewirkt werden soll.
- Notwendig ist ein nationales Planziel ›internationale Polizeieinsätze‹, orientiert an der EU-Zielgröße von 90 deutschen Polizistinnen und Polizisten. Angesichts des Aufgabenzuwachses und der Stellenkürzungen bei der Polizei ist der Bund in der Pflicht, die Entsendekapazität der Länder im höheren Dienst und bei Spezialisierungen zu unterstützen. Die Voraussetzungen für die Entsendung von spezialisierten Teams und ›junger Pensionäre‹ in Führungsfunktionen sind zu schaffen.
- Dringend überwunden werden muss die konzeptionelle Leerstelle im Bereich internationaler Polizeimissionen. Konzeptionelle Kompetenz, Erfahrungssicherung und Missionsevaluierung brauchen endlich einen Ort, etwa einen Lehrstuhl an der Deutschen Hochschule der Polizei.

Die Chancen, die deutschen Polizeibeiträge für Friedenseinsätze, insbesondere der UN, deutlich zu erhöhen, stehen im Jahr 2015 so gut wie lange nicht.



Winfried Nachtwei, geb. 1946, war von 1994 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Derzeit ist er Ko-Vorsitzender des Beirats Zivile Krisenprävention im Auswärtigen Amt und Mitglied im Beirat Innere Führung beim Bundesverteidigungsministerium.